

## Das politische Denken der Moderne – Die Demokratie

Das politische Denken der Moderne entwickelte sich schrittweise aus vorhergegangenen politischen Theorien. Das heißt die moderne Politik wurde maßgeblich von der Vergangenheit beeinflusst. Es existieren Kontinuität, Denkanstöße und Abgrenzungen. Dabei muss die Zeit und das Umfeld berücksichtigt werden, in welcher die politische Ordnungsvorstellung verfasst wurde. Meist spielten die Erfahrungen, die der Verfasser gesammelt hatte, dabei eine entscheidende Rolle (Empirismus), denn Menschen-, Gesellschaftsbild und Staatsauffassung sind Grundlage einer politischen Vorstellung. Dies lässt sich anhand der Paradigmenwechsel in der Geschichte nachweisen. Sie sind ein gutes Beispiel dafür, dass Veränderungen politischer Situationen zu veränderten politischen Theorien führten. Demnach lässt sich in der Geschichte kein strikt linearer Verlauf der Entwicklung der modernen Politik feststellen.

Um Kontinuität, Denkanstöße oder Abgrenzungen zu bestimmen, ist es notwendig die Fragen zu klären: „Was ist Moderne und welche politische Ordnungsvorstellung ist vorherrschend?“. Als politische Moderne betrachten wir die Zeit des 20. Jahrhunderts. Diese Epoche entspricht einem Denkmodell, welches sich durch prägende Unterschiede von der „Nichtmoderne“, sprich der vorhergegangenen Zeit abhebt. Als politische Theorien stellen wir in diesem Fall Schumpeter moderne Konkurrenztheorie und Fraenkl's Pluralismus dar, denn jene politische Ordnungsvorstellungen legitimieren die Demokratie als anzustrebende Herrschaftsordnung. Joseph Schumpeter (1883 - 1950) stellt in seiner „modernen Konkurrenztheorie“ diese vom Volk ausgehende Form der Herrschaft nicht in Frage, wie Theoretiker vor ihm. Sein Ziel ist die Entwicklung eines auf Erfahrungen basierenden, realistischen Modells der Demokratie. Er versucht dabei nicht die Ideal der französischen Revolution durchzusetzen sondern die Demokratie als ein politische Methode darzustellen, um zu politischen, legislativen und administrativen Entscheidungen zu gelangen. Sein Menschenbild beeinflusst dabei maßgeblich seine Auffassung über den Staat und dessen Aufgaben. Er geht davon aus, dass in einer komplexer werdenden Welt, die politische Kompetenz bei der Masse der Bürger nicht mehr vorhanden ist, somit ist die Gefahr der Manipulation des Wähler größer. Weiterhin ist der Egoismus des Menschen nicht zu vernachlässigen, das heißt die eigenen Interessen und Wünsche stehen im Vordergrund für den Einzelnen. Kurz gesagt: „Das Fressen kommt zuerst“. Um eine Fehlleitung des Wählers zu vermeiden und eine vernünftigen Herrschaft zu gewährleisten, sind nach Schumpeter politische Eliten notwendig. Diese stellen Angebote für den Bürger bereit und legen Lösungsvorschläge für politische Probleme vor. Demnach ist die Politik in einer Demokratie ein Geschäft der Eliten, das heißt wiederum, dass die Demokratie im Sinne einer Herstellung von Gleichheit abgelehnt wird. Die Aufgabe des Volkes dabei ist die Herrschaftsbestellung, sprich das Wählen. Über die Wahl wird die Regierung legitimiert und ist in der Lage verbindliche Entscheidungen zu treffen. Diese Exekutive wird dabei von Bürgern gebildet, die der politischen Elite angehören. Diese Eliten sind Parteien welche um die Stimme des Wählers werben. Jeder Bürger kann einer solchen Partei angehören, falls er den Wunsch dazu hat. Somit lässt sich feststellen, dass das allgemein gültige Gemeinwohl nicht existiert, da durch die Konkurrenz der Eliten, also dem wettbewerblichen Parteiensystem, die Bildung einer totalitären Diktatur, welche dieses sogenannte „Gemeinwohl“ bestimmt, verhindert wird. Schumpeter erstellt also entscheidende Merkmale der modernen Demokratie: die Wahlen werden als Herrschaftsbestellung definiert, das wettbewerbliche Parteiensystem wird legitimiert und das Gemeinwohl wird als nicht existent erklärt.

Ähnlich wie Schumpeter vertritt auch der Politologe Ernst Fraenkel in seiner Pluralismustheorie(1898-1975) die politische Ordnungsvorstellung der Demokratie.

Ein entscheidendes Merkmal des Pluralismus ist, das Anerkennen der bestehenden unterschiedlichen Interessen und politischen Positionen und das Betrachten derer individuellen Verwirklichung, Vertretung und Artikulation als legitim und erwünscht. Dementsprechend ist diese politische Ordnungsvorstellung sehr realitätsnah, weiterhin ist dadurch auch die Gesellschaftsordnung abhängig von der gewählten Partei. Der Kampf der Parteien um die Gunst des Volkes ist folglich eine Voraussetzung für eine stabile Demokratie. Dabei sind die Parteien bestrebt, den Pluralismus zu erhalten. Gleichzeitig verpflichten sie sich die „demokratischen Spielregeln“ anzuerkennen, das heißt sich akzeptieren die Grundrechte: Freiheit, (Chancen-) Gleichheit, Recht auf Opposition und Mehrheitsprinzip. Somit ist der Pluralismus eine Grundlage für eine freie Gesellschaftsordnung und das Funktionieren dieser.

Man kann zusammenfassend festhalten, dass die Theorien von Schumpeter und Fraenkel spezifische Merkmale einer Demokratie determinieren. Dies sind: die freien Wahlen, die Gleichheit vor dem Gesetz, die Freiheit, das Mehrparteiensystem und der Pluralismus, die Grundrechte bzw. die Verfassung und das Recht auf Opposition. Mithilfe dieser Elemente einer der Demokratie lassen sich Kontinuität, Denkanstöße und Abgrenzungen aus vergangenen, politischen Theorien erkennen.

### **Kontinuität und Denkanstöße**

Bereits im vierten Jahrhundert v. Chr., zur Zeit der griechischen Antike, vertrat Aristoteles (384 – 322 v. Chr.) in seiner Mischverfassung grundlegende Elemente der modernen politischen Ordnungsvorstellung. Auf diese Überlegungen bezogen sich alle darauf-folgenden Theoretiker. Der griechische Philosoph entwickelte seine politische Vorstellung aufgrund von Erfahrungen, dabei reflektiert er seine Auffassung von Mensch und Staat in seiner Überlegung über die Herrschaft. Der Mensch ist von Natur aus gesellig und staatenbildend, er strebt nach Entfaltung seiner Fähigkeiten und Anlagen, das heißt das eigene Wohl und die eigenen Interessen stehen an erster Stelle. Hier lässt sich eine Parallele zu dem von Schumpeter beschriebenen Egoismus des menschlichen Wesens erkennen. Um diese Selbstverwirklichung und das Erreichen der eigenen Interessen zu gewährleisten, bildet der Mensch Gemeinschaften: den Staat. Der Staat sollte nach der Auffassung der griechischen Philosophen Wohlstand und Ordnung schaffen. Dadurch ist das Individuum in der Lage ein Leben nach seiner Vorstellung in einer von ihm selbst gewählten Gesellschaft zu führen. In der Moderne verfolgt der Staat im Grunde dasselbe Ziel: die Erhaltung von Ordnung, Wohlstand und Stabilität. Demnach ist der Staat sowohl bei Schumpeter als auch bei Aristoteles ein Mittel um zu politischen, legislativen und administrativen Entscheidungen zu gelangen, die dem Wohle der Bürger dienen. In der Staatsauffassung von Aristoteles ist folglich eine Kontinuität vorhanden, welche heute noch zur Legitimation der Existenz des Staates genutzt wird. Somit lässt sich schlussfolgern, dass der Grieche mit seiner Theorie, dass politische Ordnung eine Herrschaftsordnung darstellt und diese Herrschaft nicht aufhebbar ist, auch in der Moderne Recht behält. Weiterhin beinhaltet die Verfassung nach Aristoteles bereits Prinzipien von Rechts- und Sozialstaatlichkeit. Zum Beispiel ist bei der aristotelischen Mischverfassung jeder männlichen Bürger über 25 Jahren, dazu berechtigt zu wählen. Durch diese Wahl wird demnach eine Herrschaftsbestellung getätigt. Aufgrund dessen ist wieder eine Verbindung zur Moderne herstellbar, welche darauf schließen lässt, dass das aristotelische Wahlrecht ein Denkanstoß für die Moderne ist, dennoch ist zu beachten, dass die gesellschaftlich Struktur im vierten Jahrhundert v.Chr. sich stark von unserer heutigen unterscheidet. Der griechische Philosoph weitete seine Theorie noch auf die Rechtsauffassung aus. Er geht davon aus, dass jeden maskuline Vollbürger der Polis gleich ist vor dem Gesetz und zusätzlich zu dem gewisse Naturrechte besitzen. Diese Gleichheit wurde in der heutigen Zeit weitergeführt, denn heutzutage sind alle Menschen gleich, somit schaffte Aristoteles einen weiteren Denkanstoß, ja sogar eine Kontinuität, wenn man davon ausgeht, dass die Naturrechte im Grunde gleich oder zumindest ähnlich den heutigen Grund-Menschenrechten sind. Ein weiteres grundlegendes Element der heutigen Demokratie die

Partizipation war ebenfalls schon in der demokratisch-aristokratischen Verfassung des Aristoteles enthalten, um einen möglichen Machtmissbrauch zu verhindern. Es zeigt sich dadurch eine weitere Kontinuität der griechischen Antike zur Moderne. Es ist somit bewiesen, dass die Antike, insbesondere der griechische Philosoph Aristoteles, einen grundlegenden, ja beinahe schon elementaren Einfluss auf die politischen Theorien der Moderne besaß.

Jedoch lieferten nicht nur Theoretiker, die dem demokratischen Gedanken zu geneigt waren, Denkanstöße, welchen unsere heutige Auffassung vom Staat prägten. Selbst in den Werken eines der größten Verfechter des Absolutismus, Niccoló Machiavelli, kann man Denkansätze erkennen. Obwohl die absolute Monarchie konträr zur modernen Demokratie ist, da sich von der griechischen Antike (demokrataristokratisch) zum Absolutismus (monarchisch) ein Paradigmenwechsel vollzog, ist in den Werken des italienischen Politikers, der Ansatz zu finden, dass eine politische Ordnungsvorstellung eine Herrschaftsordnung ist, welche dem Zwecke der Stabilität dient. Demnach ist wie bei Schumpeter der Staat als Instanz zur Findung von politischen, legislativen und administrativen Entscheidungen zu betrachten. Allerdings geht Machiavelli noch einen Schritt weiter, er verlangt Stabilität, um jeden Preis. Dies verstößt jedoch gegen die ethischen Grundlagen moderner Gesellschaft.

Weitere Denkanstöße und Kontinuität für die Moderne lieferte Thomas Hobbes (1588-1679) ebenfalls Vertreter des politischen Absolutismus. Hobbes gelangt dennoch zu dem Ergebnis, dass der Staat ein Mittel gegen Unsicherheit und Krieg ist. Krieg und Unsicherheit des Volkes sind rational betrachtet nichts weiter als politische Probleme, die es zu lösen gilt. Demnach ist der Staat wie schon bei Schumpeter, Machiavelli und Aristoteles ein System, um politische Probleme zu lösen und politische, administrative und legislative Entscheidungen herbeizuführen. Somit zeigt sich eine Kontinuität von Aristoteles, Machiavelli über Hobbes bis zu Schumpeter (Moderne), was die Staatsauffassung betrifft. Weiterführend ist Hobbes davon überzeugt, dass der Staat zum Wohle und Schutz des Volkes existiert, daraus lässt sich schließen, dass Hobbes die Existenz auf ähnlich Weise legitimiert wie der griechische Philosoph, somit lässt sich die beschriebene Kontinuität von Aristoteles, über Hobbes zu Schumpeter nochmals determinieren.

Ein anderer Philosoph der in seiner Theorie Denkanstöße und eine Kontinuität aufweist ist der englische Aufklärer John Locke. Seine politische Ordnungsvorstellung weist eine starke Kontinuität zur Moderne auf. Demnach kann man schlussfolgern, dass von Hobbes zu Lockes ein Paradigmenwechsel stattfand. Dies ist erkennbar an der politischen Partizipation, die der englische Philosoph in den Vordergrund stellt. Locke vertritt den Standpunkt, dass der Mensch die Vertreter des Staates wählen sollte. Dieser gewählte Staat sollte sich dann in Exekutive und Legislative unterteilen, um einem möglichen Machtmissbrauch vorzubeugen. Es lässt sich demnach ein Kontinuität feststellen, die bereits von Aristoteles geprägt und in der Moderne noch immer ein grundlegendes Element des politischen Denkens darstellt: die Gewaltenteilung. Locke legte mit dieser Weiterführung der Idee der Partizipation den Grundstein der Demokratie. Bei genauerer Analyse seiner Theorie ist ein Kontinuität erkennbar, die schon bei Aristoteles und Hobbes eine vordergründige Rolle spielte und von Schumpeter ausformuliert wurde: der Schutz und Erhalt der Gesellschaft und der Ordnung. Der Staat ist folgerichtig auch bei Locke, ein System um Konflikte zu lösen und administrative, politische, legislative Entscheidungen zu treffen. Die Staatsauffassung bildet also wieder eine Kontinuität.

Ähnlich wie John Locke verfolgt auch Montesquieu die Idee der politischen Partizipation. Der französische Philosoph vertritt mit seiner systematische Gewaltenteilungslehre die Auffassung, dass nur eine gemäßigte Ordnung in Form der konstitutionellen Monarchie die Freiheit von Staat und Bürger gewährleisten kann. Denn durch die Teilung der Gewalt wird deren Missbrauch verhindert. Es lässt sich hier eine Kontinuität zu Aristoteles und Locke erkennen, welche ebenfalls feststellten, dass Machtmissbrauch nur durch Partizipation zu verhindern sei. Des Weiteren ist

Montesquieus systematische Gewaltenteilungslehre wegweisend für die Zukunft, obwohl entsprechend der Zeit weiterhin eine gemäßigte Monarchie verfolgt wurde, ist selbst bei Schumpeters und Fraenkels Ausführungen eine Kontinuität zu erkennen, da die Partitionierung der Gewalten ein grundlegendes Element der modernen Demokratie darstellt. Weiterführend ist eine zweite Kontinuität festzustellen, denn wie bei den vorhergegangenen Theorien ist auch bei Montesquieu der Staat ein Mittel, um zu administrativen, legislativen und politischen Entscheidungen zu gelangen, dadurch wird Stabilität und Ordnung gewährleistet und die Existenz einer Herrschaftsordnung legitimiert.

Anhand dieser aufgeführten Beispiele ist erkennbar, dass das Streben nach Ordnung und Stabilität der Gesellschaft einen wesentlichen Antrieb für die Entwicklung politischer Theorien bis heute darstellt und zukünftig darstellen wird.

## **Abgrenzungen**

Eine politische Ordnungsvorstellung, welche dem modernen demokratischen Denken konträr gegenüber steht, ist die Zwei-Reiche – Lehre des Augustins. Jene ist von christlichen Dogmen bestimmt, dass heißt Augustinus stellt die Kirche als oberste Institution vor die weltliche Herrschaftsordnung, dabei verfolgt er das Ziel, die Menschen auf das Jenseits vorzubereiten. Es sind demnach keine klaren Äußerungen zur Rolle des Staates als Mittel zur Findung von politischen, legislativen und administrativen festzustellen. Somit ist eine klare Abgrenzung zu den Elementen der modernen Demokratie vorhanden.

Doch nicht nur die christlich geprägte Ordnungsvorstellung weist Abgrenzungen auf. In den Theorien der Vertreter des politischen Absolutismus, sprich Machiavelli und Hobbes, zeigen sich klare, zum politischen Denken der Moderne konträre Auffassungen. Die italienische Politiker ist der Ansicht, dass Stabilität und Ordnung um jeden Preis gewährleistet sein müssen. Er legitimiert dies mit der Begründung „der Zweck heiligt die Mittel“. Dies schließt eine politische Partizipation aus, da der Fürst bzw. der Herrscher durch Gewalt und radikales Handeln eine Ordnung erzwingt. Die Teilung der Gewalten ist folgerichtig überflüssig.

Ähnlich wie Machiavelli rechtfertigt Thomas Hobbes die absolute Herrschaft. In seiner Ausführung steht die Regierung im Sinne einer absoluten Macht über den Gesetzen. Eine Einschränkung des Fürsten sowie eine Gewaltenteilung sind demnach nicht vorhanden. Dies steht konträr zu den Vorstellungen von Schumpeter und Fraenkel.

In der folgenden Epoche der Aufklärung veränderte sich das Bild dieser absoluten Monarchie kaum. Friedrich II. als aufgeklärter Herrscher, bezeichnete sich zwar als „1. Diener des Staates“, was er durch Reformen in der Bildung und der Rechtssprechung zu rechtfertigen versuchte, war er außenpolitisch jedoch ein kompromissloser Hardliner, der seinen Standpunkt radikal durchsetzte.

Eine weitere Abgrenzung der Elemente der modernen Demokratie, findet sich ebenfalls in der Aufklärung. Es handelt sich um die politische Ordnungsvorstellung Jean Jacques Rousseau (1712 – 1778). Der Franzose vertritt den Standpunkt, dass sich das Wohl des Einzelnen dem Wohl der Allgemeinheit unterzuordnen hat. Die Ausübung dieses Gemeinwillens entspricht dabei der Souveränität. Der Souverän ist Rousseau zu Folge ein Gesamtwesen, das Volk, welches nur durch sich selbst vertreten werden kann und den Gemeinwillen festlegt. Dieser Wille zum Wohle aller ist unteilbar, somit ist auch der Staat unteilbar. Demzufolge existierte ein wesentliches Element der modernen Demokratie bei Rousseaus Gesellschaftsvertrag nicht: die Gewaltenteilung. Somit ergibt es sich, dass die Macht von einer Institution allein ausgeht, einer politischen Elite, welche weiß, was der Gemeinwille ist und wie er auszuüben ist. Ziel dabei ist es die Gleichheit und Freiheit der Bürger zu sichern. Diese Freiheit beschränkt sich jedoch auf eine bürgerliche Freiheit, d.h. eine Beschränkung dieser wird durch den Gemeinwillen getroffen. Folgerichtig verliert der Mensch sein „unbegrenztes Recht“ auf alles was ihn gelüstet und was er erreichen kann. Dem menschlichen

Streben nach Höherem bzw. nach dem individuellen Wohlergehen wird dadurch eine Grenze gesetzt. Es ergibt sich somit wieder eine Abgrenzung, da der Staat in der modernen Demokratie, wie auch schon bei Aristoteles, gewährleistet, dass der Mensch sich, seinen Fähigkeiten nach, vollständig entfalten kann. Rousseau versucht durch diese bürgerliche Freiheit eine Gleichheit zwischen allen Bürgern zu gewährleisten. Dies ist die Voraussetzung für den Gemeinwillen, welcher wie bereits erwähnt von einer politischen Elite bestimmt wird. Dabei folgt diese Elite radikal dem Credo „Wer nicht für mich ist, ist gegen mich.“ Ein Beispiel für die Ausübung dieser Gewaltherrschaft ist das Terrorregime der Jakobiner. Konträre Meinungen wurden weder akzeptiert noch geduldet. Das Entstehen einer Opposition war unmöglich. Daraus ergeben sich zwei Abgrenzungen zu Moderne. Erstens ist in der heutigen Demokratie ein Recht auf Opposition vorhanden, was damals für Rousseau undenkbar war, weil der Gemeinwille allumfassend ist. Eine Opposition war also gar nicht notwendig. Zweitens ist die Meinungsfreiheit, welche stark mit dem Recht auf Opposition verbunden ist, ein grundlegendes Merkmal unserer Demokratie. Nach Rousseau jedoch waren konträre Gedanken in einer Gesellschaft des Gemeinwillens unerwünscht und überflüssig, dem Credo „Wer nicht für mich ist, ist gegen mich.“ entsprechend.

Diese Idee eines Gemeinwillens griffen Karl Marx und Friedrich Engels in ihrer Theorie des Kommunismus wieder auf. Sie gehen grundlegend von einer Zwei-Klassen-Gesellschaft aus: von den Kapitalisten, den Besitzenden an Produktionsmitteln und den Proletariern, den Besitzlosen. Der Staat ist in ihrer politischen Ordnungsvorstellung nur ein Mittel der Besitzenden, um ihre Macht bzw. ihr Vermögen zu erhalten. Es lässt sich in dieser Auffassung bereits eine Abgrenzung erkennen, da in unserem heutigen Verständnis von politischer Ordnung, der Staat die Entfaltung eines jeden Bürgers gewährleisten sollte und nicht zur Aufrechterhaltung der Macht weniger dient. Des Weiteren fordern Marx und Engels zu einer Revolution, mit dem Ziel des Gemeinwohls aller auf. Dies soll durch die, der Revolution folgende, Diktatur des Proletariats realisiert werden. Es wird somit ein totalitäres System aufgebaut, welches wie schon bei Rousseau von einer Elite, dem Proletariat, welches das Gemeinwohl bestimmt, geführt wird. Es ist demzufolge keine Gewaltenteilung vorhanden. Dies stellt eine Abgrenzung zur modernen Demokratie dar, wie bereits bei Rousseau erläutert wurde. Nach der Diktatur des Proletariats soll nach Marx und Engels eine klassenlose Gesellschaft folgen, die keines Staats bedarf. Dadurch wird das grundlegendste Element unserer heutigen politischen Ordnungsvorstellung völlig abgegrenzt. Nämlich die Auffassung, dass eine politische Ordnung in jedem Fall einer Herrschaftsordnung entspricht. Somit entwickelten Marx und Engels ein neues Verständnis für politische Ordnung, welches jedoch einer Utopie gleicht und keine Gemeinsamkeit mit unserer modernen Annahme aufweist.

Zusammenfassend ist festzuhalten, dass sich unsere moderne Ordnungsvorstellung keinesfalls linear entwickelt hat. Daran ist erkennbar, dass sich die Demokratie gegen andere Ordnungsvorstellungen durchgesetzt hat, da sie die am besten zu realisierende politische Ordnung darstellt. Winston Churchill hat die Demokratie unter diesem Gesichtspunkt treffend charakterisiert: „Die Demokratie ist die schlechteste aller Staatsformen, ausgenommen allen anderen.“